

Diakonie fordert integratives Bildungskonzept für Baden-Württemberg

Nach Auffassung der Diakonie Württemberg befindet sich die Bildungspolitik Baden-Württembergs trotz aller Reformbemühungen der Landesregierung in einer Sackgasse. Sie fordert deshalb eine grundlegende Neugestaltung der Bildungslandschaft, in dessen Mittelpunkt die Partnerschaft von Schule, Eltern und Jugendhilfe stehen soll, mit integrativer Anbindung des Kindergartenbereiches und der beruflichen Ausbildung. Mit diesem integrativen Bildungskonzept, unter Einbeziehung aller Schultypen, sollen insbesondere leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler gezielt gefördert und die Anzahl höherer Bildungsabschlüsse deutlich ausgebaut werden. Dazu müssen gerade Eltern aus bildungsfernen Milieus aktiv einbezogen und bei ihrer schulischen Begleitung unterstützt sowie durch professionelle Betreuungs-Angebote entlastet werden. Die Diakonie schlägt deshalb die Einrichtung einer Kommission durch das Land vor, um unter Beteiligung aller relevanten Akteure einen Masterplan Bildung, Betreuung und Erziehung auszuarbeiten und verbindliche Vereinbarungen zur schrittweisen Umsetzung zu treffen.

Die Diakonie stützt ihre Aussagen auf die vielfältigen Erfahrungen diakonischer Träger in Kindergärten, Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen für Erziehungshilfe und von Bildungsangeboten in der Jugendberufshilfe. Die von der Diakonie vorgeschlagene umfassende Bildungsreform enthält sieben zentrale Forderungen:

- die Einrichtung einer Kommission Bildung, Betreuung und Erziehung zur Ausarbeitung eines Masterplans für Baden-Württemberg unter Beteiligung von Bildungs- und Jugendhilfeträgern zur Neugestaltung der Bildungslandschaft und Bildungspartnerschaft;
- den Aufbau eines integrativen Schulsystems mit Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit aller Schüler/-innen, Abschaffung der Hauptschule und schrittweise Eingliederung der Sonder- und Förderschulen;
- den Ausbau einer professionellen Ganztagesbegleitung für Schülerinnen und Schüler aller Schularten in gemeinsamer Verantwortung von Schule und Jugendhilfe unter Einbeziehung von Eltern und ehrenamtlichen Kräften;
- die frühzeitige und umfassende individuelle Förderung von leistungsschwachen und sozial-strukturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern in Partnerschaft von Kindergarten, Schule und Jugendhilfe;
- die aktive Einbindung von Eltern, insbesondere aus bildungsfernen Milieus und ihre gezielte Unterstützung und Förderung bei der schulischen Begleitung und Erziehung ihrer Kinder;

- die Einführung kommunaler Bildungskonferenzen zur integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung, in Abstimmung mit Land, Kreisen, Städten und Gemeinden, unter Beteiligung der Bildungs- und Jugendhilfeträger;
- die Garantie eines Ausbildungsplatzangebotes für alle Bewerber/-innen durch Ausbau betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung sowie der gezielten Förderung assistierter Ausbildungsplätze.

Grundlage der aktuellen fachlichen und politischen Forderungen der Diakonie ist eine Konzeption zur Bildungspartnerschaft von Schule und Jugendhilfe, in der die Bildungsdebatte in Baden-Württemberg aufgenommen und ein integratives Bildungskonzept beschrieben wird. Die darin an Land und Kommunen gerichteten Erwartungen und Forderungen werden abgeleitet aus einem vom christlichen Menschenbild geprägten Bildungsverständnis. Danach hat jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft und Begabung, Anrecht auf einen umfassenden und chancengerechten Zugang zu Bildung und Ausbildung. Gerade sozial benachteiligte und in ihrem Lernverhalten beeinträchtigte Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besondere individuelle Förderung. Und sie haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in Beruf und Gesellschaft.

Baden-Württemberg im internationalen Vergleich

Eine Reihe internationaler und nationaler Studien hat aufgezeigt, dass durch das in Deutschland praktizierte Bildungssystem nicht nur ein Leistungsproblem, insbesondere in der Hauptschule, entstanden ist, sondern vor allem ein Gerechtigkeitsproblem. In keinem vergleichbaren Industriestaat besteht ein so enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erreichtem Schulabschluss. In keinem anderen Bundesland ist die Differenz zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern so groß wie in Baden-Württemberg. Und in kaum einem anderen Land sortiert die Schule so früh aus und verhindert damit gerade auch Bildungserfolge von Kindern aus Migrantenfamilien. Und kein vergleichbares Land hat einen so hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss und ohne berufliche Ausbildung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Umsetzung des UN-Kindergipfels verpflichtet, zwischen 2005 und 2010 einen „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“ umzusetzen. Darin hat die Bundesregierung es zu ihren vordringlichen Zielen erhoben, das derzeitige selektive Bildungssystem umzugestalten und stattdessen die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu rücken. Im, von der jetzigen Bundesregierung bestätigten, Aktionsplan heißt es, dass Deutschland seine Zukunft gefährde, „wenn wir weiter zulassen, dass die soziale Herkunft eines Kindes in dem Maß wie bisher über seinen Bildungserfolg und damit über seine Chancen im Leben entscheidet.“

Struktureller Umbau des Bildungssystems erforderlich

In Baden-Württemberg muss deshalb ein grundlegender struktureller Umbau des Bildungssystems vorgenommen werden. Ziel ist, alle Kinder und Jugendlichen zur Entwicklung ihrer eigenen Lebensperspektiven zu befähigen. Das erfordert verbesserte Bedingungen zur gezielten Förderung sozial benachteiligter und lernschwacher Kinder und Jugendlichen. Darin eingeschlossen sein muss die aktive Einbindung und gezielte Förderung von Eltern, insbesondere aus bildungsfernen Milieus. Und es erfordert qualifizierte, die Eltern unterstützende und entlastende Ganztagesangebote der Bildung, Betreuung und Erziehung.

Dazu müssen Kindergärten, Horte, Schulen und Jugendhilfe als eigenständige und gleichwertige Partner bei der Bildung und Erziehung junger Menschen hochwertig ausgestattet werden. Einrichtungen und Angebote sind so auszugestalten, dass sie zu einer erfolgreichen Förderung und Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen in der Lage sind. Ausgrenzung und Selektion müssen weitgehend vermieden oder ausgeschlossen werden. In erster Linie sollen sich nicht die Kinder an die vorhandenen Systeme anpassen, sondern die Einrichtungen und Institutionen an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Kinder und deren Eltern orientieren.

Ein ganzheitliches Konzept von Bildung, Betreuung und Erziehung kann nur auf der Basis von integrierten Ganztagesangeboten aller Bildungs- und Erziehungsbereiche gelingen. Dies erfordert den gemeinsamen Einsatz und die Zusammenarbeit unterschiedlicher pädagogischer Professionen an allen Bildungsorten. Das bedeutet die Kooperation von Schul- und Sonderpädagogik, von Erziehern/Erzieherinnen und Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen und die Einbeziehung weiterer Berufsgruppen. Die Eltern müssen entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrer Interessen an der Ausgestaltung der Bildungsprozesse partnerschaftlich beteiligt und in ihrem Erziehungsauftrag gezielt gefördert und unterstützt werden.

Bildung dient in erster Linie der Entwicklung eigener Fähigkeiten zur Lebensgestaltung, als Basis eines förderlichen Zusammenlebens aller Bürgerinnen und Bürger sowie als Ressource und Triebfeder zur gesellschaftlichen Innovation und Weiterentwicklung. Alle Anstrengungen zu einer nachhaltigen Veränderung der Bildungslandschaft werden jedoch dadurch beeinträchtigt, dass viele Jugendliche nach Abschluss ihrer Schulkarriere ohne berufliche Perspektiven bleiben. Die Verbesserung der Ausbildungsreife und die vertiefte berufliche Orientierung von Jugendlichen müssen deshalb zwingend zu einer Garantie auf Ausbildungsplatz für alle Bewerberinnen und Bewerber führen. Das reguläre Lehrstellenangebot der Wirtschaft muss deshalb weiter ausgebaut und durch zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze sowie die flächendeckende Einführung und Förderung assistierter Ausbildung erweitert werden.

Diakonie als Vorreiter und Wegbegleiter

Diakonische und kirchliche Einrichtungen leisten zur Verwirklichung eines integrativen Bildungskonzeptes bereits jetzt zukunftsweisende Beiträge. Schulen für Erziehungshilfe diakonischer Träger legen großen Wert auf die Kooperation mit Regelschulen und versuchen durch individuelle Förderung von Risikoschülern/Risikoschülerinnen weitere Sonderbeschulungen zu verhindern und

integrativen Schulformen den Weg zu bereiten. Wohnortnahe Konzepte mit Außenklassen und Außenstellen sowie Straßenecken-Schulen sind beispielgebend für eine gezielte individuelle und auf Integration ausgerichtete Förderung. Mit ihren verknüpften Ganztagesangeboten von Schule und Erziehungshilfe sind diakonische Träger Vorreiter für einen ganzheitlichen Ansatz von Bildung, Betreuung und Erziehung.

Diakonische Einrichtungen der Jugendhilfe haben ihre Angebote der Tagesgruppen und ambulanten Hilfen zu regionalen Jugendhilfestationen und sozialräumlichen Jugend- und Familienzentren weiterentwickelt. Dabei gibt es vielfältige Formen der Kooperation von Schule und Jugendhilfe mit unterschiedlichsten Konzepten der Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten. Die Bildungsträger der diakonischen Jugendberufshilfe haben ein ganzheitliches Konzept zu einer Biographie begleitenden Unterstützung junger Menschen entwickelt, als Alternative zu unvernetzten und isolierten Einzelmaßnahmen. Alle Angebote diakonischer Jugendberufshilfe zielen auf vertiefte berufliche Orientierung und betriebliche oder betriebsnahe Ausbildung. Die in den letzten Jahren an einigen Standorten geförderte assistierte Ausbildung ist sogar zu einem Markenzeichen diakonischer Bildungsträger geworden.

Auch in Diakonie und Kirche gibt es noch ungenutzte Potentiale für ein integratives Bildungskonzept. Nur ein grundlegender Wandel des Bildungsverständnisses und eine umfassende Reform der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg werden es jedoch ermöglichen, über Modellprojekte und Inseln der Veränderung hinaus wirksam eine neu verstandene Bildungspartnerschaft mitzugestalten.

